

Nationale Bedürfnisse und soziale Ängste

Naika Foroutan

Die Welle nationaler Aufmärsche, die als Spaziergänge deklariert, im Herbst 2014 in Dresden zunächst unter dem Label PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) anrollte und sich aus einer heterogenen Bürgerbewegung gegen ›Überfremdung‹ zusammensetzte, erreichte innerhalb von weniger als zwei Jahren das politische Gefüge der Bundesrepublik. Der politische Arm dieser national-konservativen bis völkischen Bewegung – die sogenannte Alternative für Deutschland (AfD) – ist nun in der Hälfte der deutschen Landesparlamente von Osten bis Westen vertreten. Die Kombination aus Nationalorientierung liefernder Elite mit Sozialangst verspürendem ›Volk‹ – die Parteispitze besteht weitgehend aus westdeutschen Akademikern, während die Wahlgewinne gerade in Ostdeutschland aus dem ehemaligen Arbeitermilieu kommen – erweckt Assoziationen an den Aufstieg faschistischer Parteien im Europa der 1930er Jahre. Die etablierten politischen Parteien erscheinen wahlweise ungläubig, orientierungs- und ratlos, teilweise näherten sie sich zu Beginn in einem hektischen Aktionismus den Positionen der Nationalen an und zeigten anbiedernd Verständnis für deren Wählerschaft. Wobei nicht erkennbar wurde, ob das signalisierte Verständnis aus rein wahltaktischen Gründen geschah oder aus einem unterschwelligen breiten Bedürfnis nach mehr nationalem Bekenntnis, das PEGIDA und AfD gleichermaßen einfordern und in den Diskurs einspeisen. Mittlerweile hat sich zwar ein breiter parteiendemokratischer Konsens gegen die AfD formiert, allerdings haben sich quer durch die etablierten Parteien hinweg Friktionen gezeigt, vor allem durch Wählerabwanderung zur AfD. Das lässt darauf deuten, dass nationale Bedürfnisse – also das Bekenntnis zu nationaler Identität, Symbolik und Rhetorik, flankiert mit der Abwehr von Minderheiten, denen die Zugehörigkeit zum nationalen Kollektiv verweigert wird – im sozial ungleicher werdenden Deutschland (Fratzscher 2016) zunehmen und sich außerhalb der ihnen über Jahrzehnte zugewiesenen Ränder bis in die Mitte der Gesellschaft hinein etablieren (Decker/Kiess/Brähler 2016). Hier erzeugen sie eine Dynamik der Regression, die in der Lage ist, den über Jahrzehnte mühsam erarbeiteten

gesellschaftlichen Konsens, eine plurale Migrationsgesellschaft geworden zu sein, nicht nur in Frage zu stellen, sondern insgesamt zu einer Erosion demokratischer Grundwerte zu führen.

DAS BESPIELEN VON NATIONALEN BEDÜRFNISSEN

National anklingende Positionen der Abwertung, die besonders im Zuge der sogenannten ›Flüchtlingskrise‹ 2015 über die AfD hinaus, von erwartbaren CSU-Aussagen bis zu eher überraschenden Positionierungen wie die des Grünenpolitikers Boris Palmer tief in die Gesellschaft hineinwirkten, dokumentieren trotz der Verknüpfung mit grundlegenden Themen wie Flucht, Asyl und Migration vor allem eine klare Abgrenzungslinie entlang der Zugehörigkeit von Muslime zu diesem Land, die wahlweise als Flüchtlinge, wahlweise als integrationsdistanzte, verfassungsbedrohende und einzuhegende Gruppe angesprochen werden. Das weckt historische Assoziationen: Das Gerücht der Islamisierung des Abendlandes, welche unmittelbar bevorstünde, wenn sich nicht wehrhafte patriotische Bürger ihr entgegenstellten, erinnert an das Phantasma der Verjudung des Deutschen Reiches, welchem ab dem Ende des 19. Jahrhunderts ebenfalls sehr heterogene Bürgerschichten in Deutschland anhängen. Als 1879 der nationalliberale Historiker Heinrich von Treitschke formulierte »die Juden sind unser Unglück« waren frappierend ähnliche Vorwürfe im Raum, wie sie heute gegenüber Muslime salonfähig sind: Die in Scharen nach Deutschland kommenden unproduktiven »Hosenverkäufer aus Posen« seien eine Belastung der heimischen Wirtschaftskraft, die Masseneinwanderung, die Geburtenstärke, die Unterwanderung, die Nicht-Anpassung und Arroganz, die kulturelle Inkompatibilität und die Wahrnehmung, die Juden seien Verursacher internationaler Konflikte, all dies findet derzeit seine entsprechende Artikulation gegenüber Muslime in Deutschland (Shooman 2014). Die schwierige außenpolitische Lage, so damals wie heute, brauche ein »gekräftigtes Nationalgefühl«, jedoch verhindere die politische Korrektheit – bei Treitschke die »weichliche Philanthropie unseres Zeitalters« – dies. Und: Ebenso wie damals die Begründung für den Antisemitismus in den Juden selbst gesucht wurde, werden heute Muslime als verantwortlich gesehen für die Anfeindungen, die ihnen entgegengebracht werden, wenn 51 Prozent der Bevölkerung der Meinung sind, das Verhalten der Muslime sei schuld an den Feindseligkeiten, die ihnen entgegengebracht werden (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2014: 78).

Wir sollten Sorgen der Bürger vor den Herausforderungen unserer Zeit ernst nehmen, hieß es ziemlich bald von politischer Seite. Die Bevölkerung fühle sich durch die Million Geflüchteter überfremdet, fürchte um die eigene Kultur.

Laut ZDF-Politbarometer gab bereits im Januar 2016 an, dass 42 Prozent der Deutschen durch die Flüchtlinge die gesellschaftlichen und kulturellen Werte bedroht sehe (ZDF-Politbarometer 2016). Und jeder zweite hatte laut ARD-Deutschlandtrend die Sorge, dass »der Einfluss des Islams in Deutschland zu stark wird« (Infratest Dimap 2016: 9). Dass die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt steigen werde, machte in der gleichen Umfrage jedoch nur 27 Prozent der Bevölkerung Angst. Die nationalen Ängste überwogen demnach im direkten Vergleich gegenüber sozialen Ängsten. Immer wieder wurden Überflutungs- und Überfremdungsnarrative mit dem Verweis auf eine vermeintlich empirisch nie zuvor erprobte Größenkategorie an Geflüchteten begründet. Für 2015 wird nach Schätzungen des statistischen Bundesamtes derzeit ein Saldo von + 900.000 Personen erwartet. Der Wanderungssaldo läge damit über dem bisherigen Rekordwert des Jahres 1992 mit knapp + 800.000 Personen. Trotz dieses Rekordwertes ist es wichtig anzumerken, dass es eine annähernd große Zahl an Geflüchteten 1992 schon einmal gab, bevor der sogenannte »Asylkompromiss« 1993 herbeigeführt wurde. Allerdings war die Bevölkerung 1992 mit einer unvergleichbar schwierigeren Umbruchsituation konfrontiert: Die Wiedervereinigung war eine strukturelle, soziale, kulturelle und emotionale Herausforderung und in der Paarung von neuen nationalen Bedürfnissen und sozialer Angst entluden sich die rassistischen Pogrome von Rostock-Lichtenhagen, Solingen, Mölln und Hoyerswerda. Volkswirtschaftlich ging es Deutschland im Jahr 2015 mit einer stabilen Wirtschaft, einer annähernden Vollbeschäftigung und einer historisch niedrigen Haushaltsverschuldung bei weitem besser. In dieses Land waren nun 100.000 mehr Menschen im Jahr 2015 eingewandert als im Jahr 1992. Die Aussage von Angela Merkel »Wir schaffen das« kann vielleicht im Rückblick auf diesen Vergleich zwischen 1992 und 2015 analytischer gelesen werden.

Auch wenn das Deutschland von 2015 sich durch eine starke Ungleichheit zwischen den reichsten und den ärmsten Schichten auszeichnet und als einer der bildungsungleichsten Staaten im OECD Raum gilt, reichen sozial-strukturelle, ökonomische Erklärungen nicht aus, um die rassistische Abwehr und das kleingeistige Gefühl, überrannt und geflutet zu werden, ausschließlich über soziale »Ängste« zu erklären. Daher muss analysiert werden, was dem noch zugrunde liegen könnte, wenn die etablierte Kernerklärung, dass ökonomische Statusverunsicherung zu Xenophobie führe, nicht mehr ausreichend klingt, jetzt da so reiche Länder wie Deutschland, Österreich, Dänemark, Norwegen oder die Schweiz zunehmende rechtspopulistische Präsenzen bis in die Parlamente hinein vorweisen.

Auch die Überflutungsthese und das Momentum reichen als Erklärung nicht aus: 60 Jahre Migration – da passt das Wort »überrannt« nicht. Vielmehr hat sich Deutschland in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich weiter in eine Migrationsgesellschaft transformiert (Brodén/Mecheril 2007). Und es macht

den Anschein, als sei ein Teil der Bevölkerung bei dieser Transformation nicht mitgekommen. Während ein großer Teil sich mit diesem neuen Deutschland identifiziert, es als weltoffen, tolerant und plural wahrnimmt und Deutschsein über Sprache und Staatsangehörigkeit definiert und nicht mehr über Vorfahren, gibt es einen beharrlichen Kern, dem offensichtlich die Integration in diese moderne Gesellschaft nicht gelungen zu sein scheint (Foroutan et al. 2014). Viel zu lange hat sich das Integrationsbemühen in Deutschland ausschließlich auf Migranten und ihre Nachkommen konzentriert. Dass dabei ganze Teile der Bevölkerung aus dem Fokus geraten sind und kulturell nicht mit der neuen Identität des Landes Schritt halten konnten, ist nicht unter dem Gesichtspunkt von gesellschaftlicher Desintegration wahrgenommen worden. Diese Desintegration wird nun durch das Angebot der nationalen Höherstellung kompensiert. Die Rechtspopulisten machen keine ökonomischen Angebote, um soziale Ängste zu beheben. Analysiert man die Parteiprogramme der AfD, so findet sich darin eine eher marktliberale bis deregulierende Mittelstandspolitik, was Arbeitsmarktfragen angeht. Was bedient wird, sind vor allem nationale Ansprachen und exklusive Aufwertungen. So liest man z.B. im Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt: »Wir fordern eine Willkommenskultur für den Nachwuchs der einheimischen Bevölkerung!«

Die Politik hat es verpasst, dem für vielen Menschen etablierten neuen pluralen Deutschland ein normalisierendes Narrativ zu geben, dass handlungsleitend und integrativ auf die abgehängten Gesellschaftsschichten wirken konnte. Dass Migration ein Phänomen der Globalisierung ist, so wie Exportweltmeister zu sein, wurde ebenfalls nicht mitvermittelt. So hielt sich die Vorstellung von Migration als Ausnahme und Notstandssituation, obwohl längst jedes dritte Kind in Deutschland über einen solchen Hintergrund verfügt – und gleichsam deutsch ist.

SOZIALE ÄNGSTE UND DIE KOPPLUNG MIT ANTIMUSLIMISCHEN UND ANTIMIGRANTISCHEN FEINDBILDERN

Die Bevölkerung wird älter, hat weniger Kinder, keine Pflegekräfte und keine Fachkräfte. Eine Fülle von sehr heterogenen Ängsten geht damit einher, wie die vor sozialem Abstieg, Vereinsamung, Überalterung, Vernachlässigung von Werten und moralischer Verwerflichkeit. Diese soziale Verunsicherung – grundiert in der Zunahme struktureller Ungleichheiten – sollten wir in der Tat ernst nehmen: sie werden schon von Beck als Verunsicherungsmomente individualisierter Gesellschaften benannt (Beck 1991). Dass sie sich bei PEGIDA allerdings in einer empirisch nicht haltbaren Angst vor Überfremdung Bahn brechen, das sollten Politiker nicht als berechtigte Sorge durchgehen lassen. Dass Menschen Angst vor radikalisierten Islamisten haben, ist ernst zu neh-

men – am meisten fürchten sich derzeit weltweit Muslime davor, denn sie sind täglich Opfer der schrecklichsten Massaker. Dass genau diese Religionsgruppe nun auch noch Angst vor PEGIDA-Anhängern haben muss, die noch nie in ihrem Leben einem Muslim begegnet sind, ist allerdings blanker Hohn.

Die Finanzkrise und die deutlich neoliberale Werteverschiebung seit Mitte der 1990er Jahre zugunsten von wenigen, die sich rücksichtslos auf Kosten der Gesellschaft bereichern, ohne dass ihnen von staatlicher Seite entschieden Einhalt geboten wird, haben über die letzten Jahre eine tiefe Politik- und Demokratieverdrossenheit in Deutschland und anderen Ländern der Welt entstehen lassen. Dies ist in Ostdeutschland stärker spürbar, wo das Versprechen von Demokratie zu hohen Erwartungen geführt hatte, die sich nun in akuten Frustrationen entladen. Auch haben eine Abwertung ostdeutscher Identität und eine mangelnde Anerkennung der Arbeitsleistung von Ostdeutschen, sowie eine etablierte Arroganz gegenüber ihrer Vergangenheit und Verunglimpfung ihrer Alltagsgeschichten zu einer angestauten Wut und Enttäuschung geführt. Ein Gefühl der Demütigung, gepaart mit dem vielfach formulierten Erfahrungsmoment fremd im eigenen Land zu sein, führt nun dazu, stabile bis subtile Stereotype mit denen Ostdeutsche seit 25 Jahren konfrontiert sind, auf eine andere Minderheit zu kanalisieren – unter anderem dass der Unproduktivität, der Verroththeit, des unter sich bleiben Wollens und der Opferrhetorik (die sich unter dem Stichwort Jammerrossis kurz nach der Wende etabliert hatte). Interessanterweise geht diese antimuslimische ›Wut‹ in Ostdeutschland auch mit dem Aufstieg und der Sichtbarkeit von Muslime im öffentlichen Raum einher – als Politiker, Kabarettisten, Fernsehmoderatoren und Intellektuelle – und mit ihrer Forderung, ein legitimer Teil Deutschlands zu sein. Die seit Jahren anhaltenden obsessive Beschäftigung mit Muslime in Deutschland hat offenbar bei den PEGIDA- und AfD-Anhängern das Gefühl der diskursiven Verdrängung ausgelöst.

Die Sehnsucht nach Sichtbarkeit, danach als autonome Subjekte wahrgenommen zu werden und nicht nur als einverlebte ›Deutsche zweiter Klasse‹ wird hier interessanterweise auch durch eine Umwegkommunikation gelöst: durch die Abwertung von Migranten, Muslime, Geflüchteten – die im westdeutschen Gesellschaftsverständnis nicht nur normativ zugehöriger sind, sondern auch empirisch: 95 % aller Migranten und ihrer Nachkommen leben in Westdeutschland – gelingt es auch sich selbst als einzig echte Deutsche zu inszenieren: quasi die Sachsen als die unverschmutzten Deutschen.

Derzeit werden dabei vor allem Werte und Normen einer ganzen Religionsgemeinschaft in Frage gestellt, ohne eigene Werte über das abstrakte ›Deutsche‹ hinaus zu formulieren, denn die rechtspopulistische Bewegung ist viel zu heterogen um gemeinsame Werte zu formulieren. Christentum, europäische

Identität oder kapitalistische und antikapitalistische Motive – sie alle werden in dieser Bewegung von einigen herbeigesehnt und von anderen verdammt. Deswegen formiert sich die PEGIDA- und AfD-Anhängerschaft vor allem auf Basis der Zuschreibung von Gegenwerten: Der Islam ist das, was als homogenes Feindbild die heterogene Masse zusammenführt. Die stellvertretende Bundesvorsitzende der AfD, Beatrix von Storch, formulierte daher strategisch: »Der Islam wird als ein zentrales Thema im neuen Programm Eingang finden.«

Empirisch konnten wir am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung in einer repräsentativen Studie feststellen, dass ein Erstarken nationaler Bezugspunkte in Deutschland zu beobachten ist, welches mit exkludierenden Einstellungen gegenüber Minderheiten einhergeht. Beispielhaft zeigte sich das an Stereotypen gegenüber Muslime als der größten religiösen Minderheit in Deutschland: Mehr als ein Viertel (27 %) der Befragten in Deutschland dachte bereits im Jahr 2014, dass Muslime aggressiver seien als sie selber, nur etwas mehr als jeder Zweite (55 %) glaubte, dass Muslime genauso bildungsorientiert seien wie ihre eigene Gruppe. Als eigene Gruppe wurde auf Nachfrage auffallend oft (ca. 40 %) »wir Deutschen«, »die deutsche Bevölkerung«, »die deutsche Gesellschaft« oder Ähnliches genannt. Es wurde deutlich: Muslimisch und deutsch werden überwiegend als Gegenkategorien wahrgenommen und Muslime somit aus dem »deutschen Wir« herausdefiniert. Einstellungen müssen nicht zwangsläufig zu Handlungen führen aber es ist Achtsamkeit geboten: Während die islamfeindlichen Einstellungen in der Bevölkerung derzeit quantitativ ansteigen, nimmt auch die Handlungsbereitschaft zu, wie Moschee-Anschläge und die Hass-Attacken auf muslimische Einzelpersonen und Entscheidungsträger verdeutlichen. Die Qualität der Abwertungen, die auch aus der Mitte der Bevölkerung kommen, verschärft sich.

Die Grenzen des Sagbaren waren mit Bezug auf Muslime bereits lange überschritten, bevor PEGIDA und die sogenannte »Flüchtlingskrise« einen neuen narrativen Verknüpfungsraum für die Abwertung dieser Gruppe öffneten. Spätestens seit der Sarrazin-Debatte war eine Entgrenzung und Enttabuisierung zu beobachten, die sich in Feuilletons, Talk-Sendungen und Alltagsgesprächen breitmachte. Bereits zu dem Zeitpunkt konnte erkannt werden, welche Prädisposition für rassistische Abwertungen bei gleichzeitiger Aufwertung nationaler Selbstbilder vorhanden war – lange noch bevor es die AfD oder PEGIDA gab, aber kurz nach dem Aufkommen der Weltfinanzkrise. Eine Verbreitung der Argumente über das Internet hat seitdem eine regelrechte Hasskultur etabliert. Mit Bezug auf das Themenfeld Islam ist es übrigens gleichgültig, ob die Person, die dazu schreibt, forscht oder denkt selbst muslimisch ist oder nicht. Eine positive Bezugnahme oder eine Kritik an Islamfeindlichkeit führt auch gegenüber Nicht-Muslime zu aggressiven Attacken. Sie werden als Gutmenschen und Volksverräter tituiert, die den Muslime Tür und Tor des Abendlan-

des öffneten und deswegen der Islamisierung Vorschub leisteten. Mit genau einem solchen Argument tötete Anders Breivik in Norwegen 77 Sozialdemokraten.

Dort, wo die nationale Identität einen hohen Stellenwert einnimmt, ist auch nachweisbar die Bereitschaft, Muslime kulturell-religiöse, sozialräumliche oder symbolische Rechte vorzuenthalten, signifikant höher. So möchten jene 46 %, für die es besonders »wichtig ist, als Deutsche_r gesehen zu werden« zu 68 % die Beschneidung von Jungen aus religiösen Gründen verbieten, zu 55 % den Moscheebau und zu 56 % das Kopftuch einschränken, während es bei jenen, bei denen die Wahrnehmung als deutsch keine Rolle spielt (51 %), deutlich geringere Werte sind: Gegen Beschneidung sind in dieser Gruppe 54 %, gegen Kopftuch 43 % und gegen Moscheebau 35 %. Der Ausschluss aus dem kollektiven deutschen Narrativ findet somit nicht nur auf einer diskursiv-emotionalen Ebene statt, sondern hat Auswirkungen auf die Anerkennung und die Teilhabemöglichkeiten von religiösen Minderheiten – in diesem Falle Muslime.

Die Ausweisung von Muslime aus dem nationalen Narrativ sagt dabei mehr über die Bevölkerung in Deutschland aus, als über die Muslime selbst. Wenn wir auf Basis der Datenlage zu der Erkenntnis gekommen wären, Frauen würden aus dem Deutschen Wir herausdefiniert, oder Kinder, oder Juden – würden wir dann ernsthaft die Schuld bei den Frauen suchen? Oder bei den Kindern? Oder den Juden? Stattdessen beschäftigen wir uns in einer regen Obsession damit zu erklären, welche Schuld Muslime daran tragen, dass die deutsche Bevölkerung sie nicht als zugehörig akzeptiert oder ihnen gegenüber feindselig ist. Eine demokratische Einwanderungsgesellschaft lässt sich aber erst am Umgang mit ihren Minderheiten messen. Eine der größten religiösen Minderheiten in diesem Land sind derzeit Muslime. Dementsprechend kann davon ausgegangen werden, dass der Umgang mit und die Einstellungen gegenüber dieser Gruppe als Seismograph gesehen werden können, um die Einstellungen gegenüber Demokratie, Pluralität und der freiheitlichen Verfassung innerhalb der Gesamtbevölkerung zu messen.

DIE LEGITIMATION DER FEINDBILDER

Die teilweise von politischer Seite formulierten Botschaften, man solle die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen, führen auf Grund dessen, dass die artikulierten Sorgen vor Islamisierung, Unterwanderung und Volkstod, dem Verlust von Weihnachten oder davor, dass der Islam Staatsreligion werde, empirisch nicht haltbar sind, in der Konsequenz zu einer Aufwertung und Legitimierung von nationalistischen und menschenfeindlichen Stereotypen. Die politische

Formulierung bezieht sich zwar auf die vermeintlich den Stereotypen zugrundeliegenden Sorgen – da diese sozialen Ängste von den Anhänger jedoch nicht so aktiv formuliert werden, wie die antimuslimischen, antieuropäischen, antigutmenschelnden etc. bleibt letztlich spekulativ, wie stark diese der Trigger der Fremdenfeindlichkeiten sind, oder ob der Fremdenfeindlichkeit nicht ein über Jahrzehnte etabliertes rassistisches Wissen unterliegt, das nie aufgearbeitet wurde und sich über die Jahre institutionell und emotional ausgebreitet hat (Terkessidis 1998). Einen Beleg dafür liefern die jahrzehntelang durch den Verfassungsschutz gedeckten NSU-Morde und das Untertauchen der Mörder in einem Umfeld, das sie nicht als kriminell wahrnahm. Es erscheint als Hohn und moralische Verwahrlosung, wenn die Angst vor Überfremdung, die nicht auf empirischen Realitäten fußt den aus Armut und Not Geflüchteten als gleichwertige Sorge gegenübergestellt wird – zur Erinnerung: in Ostdeutschland leben weniger als 5 % der in Deutschland lebenden ›Menschen mit Migrationshintergrund‹. Das Recht auf konstruierte Sorgen, die durch mangelnde Aufklärung und latenten Rassismus seit Jahren gären, wird leider legitimiert, wenn der Innenminister und andere ranghohe Politiker mit Verweis auf eine Studie, die belege, dass sich ein Teil der Bürger wie Fremde im eigenen Land fühlten, sagt: »Diese Sorgen müssen wir ernst nehmen, damit müssen wir uns auseinandersetzen.« Ernsthafter wäre es zu sagen, ›diese Paranoia müssen wir ernst nehmen‹ und lösungsorientierter wäre es zu sagen, ›diese Ressentiments müssen wir ernst nehmen‹. Das Ernstnehmen von Überfremdungsängsten hingegen kommt einer Relativierung der vergangenen Opfer und der Menschen, die durch die Rhetorik der Rechtspopulisten derzeit bedroht und abgewertet werden, gleich.

Es ist daher falsch zu sagen, man müsse die Ängste der AfD-Anhänger ernst nehmen – es führt dazu, ein nicht vorhandenes Problem zu einem ernsthaften aufzuwerten und gleichzeitig keine Lösung anbieten zu können, da nun mal bei einer Anzahl von 5 % Muslime an der Gesamtbevölkerung nicht von einer Islamisierung Deutschlands gesprochen werden kann und bei 6 % in Europa auch nicht von einer des Abendlandes. Wie kann man aber ein Problem lösen das keines ist, ohne eine dauerhafte Frustration aus Mangel an Problemlösungskompetenz herbeizuführen?

Das richtige und politisch ernsthafte Wort wäre: Man muss die Unwissenheit der Bevölkerung ernst nehmen, um das tradierte rassistische Wissen decodieren zu können, das sich aus der Vorstellung speist, Menschen könnten in Kategoriensystemen von Nation, Grenze, Migration legitimer Weise ungleich behandelt werden. Hier könnte man handeln: Man könnte Schulbücher erneuern, ein Unterrichtsfach einführen wie es z.B. die Junge Islam Konferenz in Hamburg gefordert hat, das »Deutsche Gesellschaft im 21. Jahrhundert« heißen könnte, in welchem die deutsche Gesellschaft insgesamt etwas über plurale Demokratien, Minderheiten, Religionen, Kompetenzen und Ressourcen

cen, Konflikte und Herausforderungen erfährt, über Geschichtsschreibung, die nicht nur von Europa aus denkt, über Diskriminierung und Antirassismus-Arbeit und die Entstehung von Stereotypen über Ingroup und Outgroup Strategien, über Staatsangehörigkeit und Rechte und vielzähliges mehr, was man wissen und lernen sollte, wenn man in diesem neuen Deutschland lebt und nicht im vergangenen.

LITERATUR

- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2014). Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung. Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma. Berlin. http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise_Bevoelkerungseinstellungen_gegenueber_Sinti_und_Roma_20140829.pdf?__blob=publicationFile (01.07.2016).
- Beck, U. (1991). Politik in der Risikogesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Broden, A./Mecheril, P. (2007). Migrationsgesellschaftliche Re-Präsentation. Eine Einführung. In: Ders. (Hg.): Re-Präsentationen. Dynamiken der Migrationsgesellschaft (S. 7-28). Düsseldorf: IDA-NRW.
- Decker, O./Kiess, J./Brähler, E. (2016). Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Foroutan, N./Canan, C./Arnold, S./Schwarze, B./Beigang, S./Kalkum, D. (2014). Deutschland postmigrantisch I. Gesellschaft, Religion, Identität. Erste Ergebnisse. Berlin. <https://www.projekte.hu-berlin.de/de/junited/deutschland-postmigrantisch-1/> (01.07.2016).
- Fratzscher, M. (2016). Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird. München: Hanser Verlag. doi: <http://dx.doi.org/10.3139/9783446444669>
- Infratest Dimap (2016). ARD-Deutschlandtrend März 2016. Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT. Berlin.
- Shooman, Y. (2014). »... weil ihre Kultur so ist«. Narrative des antimuslimischen Rassismus. Bielefeld: transcript.
- Terkessidis, M. (1998). Psychologie des Rassismus. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- ZDF-Politbarometer (2016). ZDF-Politbarometer Januar 2016. <https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/mitteilung/zdf-politbarometer-januar-i-2016/887/seite/12/> (01.07.2016).